

»... **HIER TANZE**«

Gesammelte Beiträge aus den Kantinen
»Marx« und »Luxemburg«





ZUR ENTSTEHUNG DIESES BUCHS

Seit 2018 findet in Chemnitz jährlich im August das Theoriefestival *Kantine* statt. Anlässlich seines 200. Geburtstages widmete sich die erste Ausgabe der *Kantine* Karl Marx. In den zwei darauffolgenden Jahren standen Rosa Luxemburg (2019) und Walter Benjamin (2020) im Vordergrund. Das Ziel war es jeweils, eine Einführung in Leben, Werk und Wirkungsgeschichte der namensgebenden Personen und Raum für den Austausch über Theorien, Konzepte und ihr Verhältnis zur politischen Praxis zu bieten. Um der Bezeichnung als Festival gerecht zu werden, blieb aber auch viel Zeit für Müßiggang und Ekstase.

Im Nachgang der ersten beiden Ausgaben des Theoriefestivals entstand die Idee für diese Publikation. Sie versammelt einige der Beiträge, die so oder in ähnlicher Form auf der *Kantine* »Marx« bzw. »Luxemburg« vorgetragen wurden und dokumentiert damit einen Teil unseres Erkenntnisprozesses der letzten Jahre. Die einzelnen Beiträge bauen dabei nicht zwingend aufeinander auf, sondern geben die Bandbreite an Themen und Perspektiven, wie sie auch auf den Festivals zu finden war, wieder. Die in die Texte eingefügten Fotos vermitteln zusätzlich einen kleinen Eindruck von der Atmosphäre der *Kantine*. Wer sich dafür interessiert, wie mit dem Zitat »... hier tanze« eine Linie von Marx zu Luxemburg gezogen werden kann, dem_der sei der Beitrag von Marie Lippert empfohlen. Wer Näheres darüber erfahren möchte, was die *Kantine* mit dem Tanzen zu tun hat, dürfte in den vorangestellten Interviewausschnitten fündig werden oder einfach mal vorbeischaun.

Wir möchten an dieser Stelle allen Autor_innen für die Inhalte und die Geduld bei der Kommunikation mit uns danken. Außerdem danken wir der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und der Bürgerplattform Chemnitz-Mitte für die finanzielle Unterstützung, die diese Publikation möglich gemacht hat. Wir wünschen viel Vergnügen beim Lesen und freuen uns auf alle noch kommenden *Kantinen*.

Chemnitz, Februar 2021

Impressum

Veröffentlichung: Februar 2021

Redaktion: Margarete Freckmann, Max Wolf, Christian Selent

Korrektur/Lektorat: Felix Dümcke, Julian Meinelt, Max Wolf

Satz: Christian Selent

Fotos: Festival *Kantine*

Autor_innen: Dania Alasti, Caro Blauth, Kaska Bryla, Jonas Fischer, Peter Jehle, Olaf Kistenmacher, Carolin Krahl, Thimo Luft, Marie Lippert, Elfriede Müller, Markus Winterfeld, Max Wolf

Kontakt: publikation@kantine-festival.org

gefördert durch:



INHALT

1 Einleitung

4 Interview

Akkumulation & Krise

16 Akkumulation und Klimafrage – drei Thesen
Jonas Fischer

34 Rosa Luxemburgs Beitrag zur Krisentheorie
Markus Winterfeld

Politisierung & Organisation

54 Rosa Luxemburg: Links des Möglichen
Elfriede Müller

72 Rosa Luxemburgs Spontaneitätstheorie als lebendiges Denken
Marie Lippert

86 Linie Luxemburg-Gramsci: Die Kunst des Regierens
von unten
Peter Jehle

98 Rosa Luxemburgs Kritik der Nation, des Nationalismus und
der »nationalen« Befreiung
Olaf Kistenmacher

122 Die Gespräche beginnen schon mit einem Missverständnis –
ein Briefwechsel
Kaska Bryla und Carolin Krahl

Erweiterungen – Feminismus, Rassismuskritik

140 Die versandete Revolution
Dania Alasti

154 »You are welcome to the machine of work here in Germany« –
Über die politische Logistik migrantisierter Menschen im
Jobcenter
Max Wolf und Thimo Luft

180 Kolonien, Küche, Kinder – Feministische Anschlüsse
an Rosa Luxemburg
Caro Blauth



POLITISIERUNG & ORGANISATION

ROSA LUXEMBURGS KRITIK DER NATION, DES NATIONALISMUS UND DER »NATIONALEN« BEFREIUNG«

Olaf Kistenmacher

Seit jeher beschäftigt linke Bewegungen die Frage, wie sie sich gegenüber den Konzepten der Nation und der »nationalen Befreiung« positionieren sollen. Im Kontext der Solidarität mit antikolonialen Kämpfen, aber auch beim nationalen Selbstverständnis der Sowjetrepubliken war dieses Problem von Beginn an zentral. Welche Position Rosa Luxemburg einnahm, welche fatalen Fehler in der Linken ihrer Zeit begangen wurden und was sich daraus für die Gegenwart lernen lässt, erörterte der Historiker, Philosoph und Publizist Olaf Kistenmacher am 8. August 2019 bei der Kantine »Luxemburg«. Der ebenfalls in Frank Jacob/Jörn Schütrumpf (Hg.): 150 Years Rosa Luxemburg erschienene Text »Rosa Luxemburgs Kritik der »nationalen Befreiung« stellt seine Thesen und Untersuchungen vor.

Seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert rief die organisierte Arbeiter_innenbewegung gegen Krieg und Imperialismus auf. Doch erst spät, zu einer Zeit, als die klassische Phase des Imperialismus ihrem Ende entgegenging, setzten sich führende Theoretikerinnen und Theoretiker der Sozialdemokratie umfassend mit dem Phänomen imperialistischer Politik auseinander: Vor dem Ersten Weltkrieg veröffentlichte Rosa Luxemburg ihre Studie *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus* (Luxemburg 1969), vier Jahre später Wladimir I. Lenin seine Schrift *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (Lenin 1971). Für die Kommunistische Internationale (Komintern), 1919 gegründet, war in den folgenden Jahrzehnten Lenins Analyse des Imperialismus grundlegend, während Luxemburgs Ansatz fast in Vergessenheit geraten war und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Beispiel von dem Marxisten David Harvey quasi wiederentdeckt wurde, der in seinem Buch *Der neue Imperialismus* Luxemburgs Analyse mit der von Hannah Arendt verknüpft und versucht, für eine neue linke Bewegung gegen aktuelle imperialistische Politiken das theoretische Fundament zu legen (Harvey 2005, 136–141).

Die Analyse imperialistischer Politik, die Luxemburg 1912 vorgelegt hat, und die antiimperialistische Ausrichtung der Komintern, die letztlich auf Lenin zurückgeht, unterscheiden sich in einem Punkt wesentlich: Die Komintern verabschiedete Lenins »Thesen zur nationalen und kolonialen Frage« und bemühte sich fortan im Kampf gegen den Imperialismus um »das engste Bündnis« auch mit den »nationalen und kolonialen Befreiungsbewegungen«, die nichtkommunistisch oder -sozialistisch waren (Lenin 1966, 134). Allein, dass sie gegen die westlichen imperialen Mächte kämpften, sollte ausreichen, um sie als mögliche Bündnispartner der kommunistischen Parteien anzusehen. Zur gleichen Zeit erweiterte die Komintern den berühmten Aufruf aus dem *Kommunistischen Manifest* zu der Parole: »Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker der Welt, vereinigt euch!« (Sinowjew 1925) Die KPD behauptete, wie es die *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* ausdrückte, stets die »Einheit von proletarischem Internationalismus und Patriotismus« (Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED 1966, 259). Anders ausgedrückt, die kommunistischen Parteien versuchten immer wieder, die Einheit zwischen der »nationalen« und der »sozialen Befreiung« zu konstruieren – und das sollte wenig später sogar für nichtkoloniale Regio-

nen und Länder wie Deutschland gelten. Ein prägnantes Beispiel dafür ist das Parteiprogramm, das die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 1930 in Reaktion auf den unheimlichen Wahlerfolg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) verabschiedete. Es trägt den Titel *Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes*. Die KPD versprach damit, das »deutsche Volk« zu befreien, und zwar nicht nur in einem sozialen Sinn, sondern auch von jeglicher »nationalen« Unterdrückung (Flechtheim 1976, 274–278; Haury 2002, 273–276; Kistenmacher 2016, 195–201).



Mit Rosa Luxemburg wäre eine solche Politik nicht zu machen gewesen. Sie hat sich stets dagegen ausgesprochen, dass eine radikale Linke für eine »nationale« Befreiung« kämpfen solle. Am ausführlichsten entwickelte sie ihre Position in der Artikelserie *Nationalitätenfrage und Autonomie*, die 1908 auf Polnisch in der Zeitschrift *Przeegl d Socjaldemokratyczny* erschien und die erst seit 2012 vollständig auf Deutsch vorliegt (Luxemburg 2012). Luxemburg blieb ihrer Position treu und wiederholte ihren Standpunkt 1918 in ihrer Kritik der russischen Revolution deutlich polemischer. Sie verknüpfte diese Kritik hier mit der Forderung (für die Luxemburg heute bekannt ist), die demokratischen Grundrechte wie die Versammlungs- und die Meinungsfreiheit nicht einzuschränken, und sogar mit der berühmtesten Aussage aus diesem Fragment gebliebenen Text *Zur russischen Revolution*: »Die Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden.« Vor diesem Satz erklärt Luxemburg, dass eine

»Freiheit«, die »nur für die Anhänger der Regierung« oder »nur für Mitglieder der Partei« gelte, keine Freiheit sei. Freiheit bemesse sich daran, inwieweit sich auch oppositionelle oder abweichende Stimmen Gehör verschaffen können. Denn wesentlich für eine sozialistische oder kommunistische Revolution sei, was das Proletariat wolle. Deswegen sei es notwendig, dass sich Menschen versammeln, öffentlich diskutieren und so ihre eigene Meinung bilden können.

In diesem Zusammenhang stellte sie die demokratischen Grundrechte, die die Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki) einzuschränken begonnen hatte, dem angeblichen

Recht auf »nationale Selbstbestimmung« gegenüber und schrieb:

»Der Widerspruch, der hier klafft, ist um so unverständlicher, als es sich bei den demokratischen Formen des politischen Lebens in jedem Lande [...] tatsächlich um höchst wertvolle, ja unentbehrliche Grundlagen der sozialistischen Politik handelt, während das famose »Selbstbestimmungsrecht der Nationen« nichts als hohle kleinbürgerliche Phraseologie und Humbug ist.« (Luxemburg 2006, 81)

Die Nationalitätenpolitik der Bolschewiki und »die ganze nationale Bewegung« stellten, so Luxemburg ein Jahr nach der Revolution in Russland, »die größte Gefahr für den internationalen Sozialismus« dar (ebd., 86). Schon zehn Jahre zuvor hatte sie dem sogenannten Selbstbestimmungsrecht der Nationen eine eindeutige Absage erteilt. In *Nationalitätenfrage und Autonomie* hatte sie geschrieben: »Die Sozialdemokratie ist also nicht zur Verwirklichung eines Selbstbestimmungsrechts der Nationen berufen, sondern des Selbstbestimmungsrechts der arbeitenden Klasse, der ausgebeuteten und unterdrückten Klasse – des Proletariats« (Luxemburg 2012, 73). Trotz dieser Kontinuität in ihrem Denken zweifelte selbst eine gute Freundin von Luxemburg, Clara Zetkin, ob der Text *Zur russischen Revolution* von 1918 authentisch sei. Er wurde erst zwei Jahre nach Luxemburgs Ermordung veröffentlicht, und Zetkin schrieb mit einem Genossen in der Tageszeitung der KPD, *Die Rote Fahne*, dass dieser Text »in wichtigsten Fragen nicht der Auffassung entspricht, die Rosa Luxemburg nach ihrer Befreiung aus der Schutzhaft und bis zu ihrer Ermordung in der Öffentlichkeit vertreten« habe (Warski/Zetkin 2017, Hervorhebungen im Original).

In den 1920er-Jahren beauftragte die KPD ihr Mitglied Paul Frölich, Luxemburgs Schriften zu veröffentlichen. Doch Frölich wurde 1928 aus der Partei ausgeschlossen; damit lag das Projekt brach. Allerdings hätte er gerade zur Frage der Nation Luxemburgs Standpunkt nicht stärken können. Wie er 1939 in seiner Biografie *Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat* deutlich machte, war er der Meinung, in »einem Punkte« habe sich Luxemburg geirrt: in ihrem »temperamentvollen Angriff auf die Losung des Selbstbestimmungsrechts der Völker« (Frölich 1967, 291). Nach dem Zweiten Weltkrieg knüpfte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands an die Position der KPD

an. In der *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* heißt es grundsätzlich, ohne dass Luxemburgs Name genannt wird, das Zentralkomitee der KPD habe sich mit der *Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes* 1930 »gegen jede Unterschätzung nationaler Interessen, gegen Tendenzen eines nationalen Nihilismus, gegen Auffassungen, die die Einheit von proletarischem Internationalismus und Patriotismus negierte und statt dessen einen Gegensatz zwischen diesen beiden Komponenten [...] konstruierten«, gestellt (Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED 1966, 259). Um zu verdeutlichen, dass die KPD mit dem neuen Parteiprogramm keinen Kurswechsel gegenüber den Jahren zuvor vorgenommen habe, sondern ihrer Position treu geblieben sei, zitiert die *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* eine Aussage Ernst Thälmanns aus dem Jahr seiner Ernennung zum Parteivorsitzenden: »Die KPD ist die einzige Partei, die das Recht hat, vom Schutze der Nation zu reden. Die 90 Prozent der Werktätigen – sie verkörpern die Nation, und wir kämpfen für ihre Interessen«, hatte Ernst Thälmann schon am 27. März 1925 erklärt« (ebd., 260).

Aus dieser Rezeptionsgeschichte ist möglicherweise erklärbar, warum sich selbst die radikale Linke, die ab 1989/90 in Ost- und West-Deutschland unter dem Label ›antinationak zusammenfand, auffällig selten auf Luxemburg bezogen hat. Auf Demonstrationen und Plakaten diente nicht Luxemburgs Porträt, sondern das Konterfei Marlene Dietrichs und ihre Aussage »Deutschland? Nie wieder!« als Erkennungszeichen. Es wäre reizvoll zu erforschen, inwieweit diese Strömung, die seit den 1990er Jahren die Monatszeitschrift *Konkret* und später die *Jungle World* prägt, gleichwohl von Luxemburgs Denken beeinflusst worden ist, sei es bewusst oder unbewusst (Kongreß der Radikalen Linken 1990; Gerber 2010; Ogman 2013; Wohlfahrtsausschüsse 1994).

Eine Kritik in fünf Punkten. Luxemburgs Nationalitätenfrage und Autonomie

Mit der Artikelserie *Nationalitätenfrage und Autonomie* reagierte Luxemburg 1908 darauf, dass die russische Sozialdemokratische um Lenin, also die späteren Bolschewiki, das »Selbstbestimmungsrecht der Nationen« in ihr Programm aufnahm. »In den Reihen des internationalen Sozialismus« sei »die russische Arbeiterpartei die einzige, deren Programm die Forderung ent-

hält, den ›Nationen das Selbstbestimmungsrecht« zu garantieren«, führte sie gleich zu Beginn aus (Luxemburg 2012, 48). Gegen diese Formel stellte sie einen klar internationalistischen und proletarischen Standpunkt. »Was an dieser Formel vor allem auffällt, ist der Umstand, daß sie nichts enthält, was spezifisch mit Sozialismus oder Arbeiterpolitik verbunden wäre« (ebd., 45). Ein »Recht der Nationen« sei vielmehr eine »metaphysische Phrase«, und so habe eine marxistische Gesellschaftsanalyse die Aufgabe, ebendiese Vorstellung der »Nation« als einer »gleichartigen gesellschaftlichen und politischen Einheit« zu kritisieren und zu überwinden. Ein solches Konzept der »Nation« sei ein Beispiel für jene »Kategorien der bürgerlichen Ideologie, die durch die Marxsche Theorie einer radikalen Revision unterzogen wurden, indem sie aufzeigte, daß hinter dem Nebelschleier solcher Begriffe wie ›bürgerliche Freiheit, ›Gleichheit vor dem Gesetz« usw. sich jedesmal ein vollkommen bestimmter geschichtlicher Inhalt verbirgt« (ebd., 69).

So sei es alles andere als überraschend, dass sich quasi jede politische Strömung auf den »Willen« der »Nation« berufe und dass jede politische Partei beanspruche, »im Namen der ›Nation« zu sprechen. Luxemburg selbst sprach von der »Nation« fast nur in Anführungszeichen. Mit Verweis auf die französische Geschichte des 19. Jahrhunderts führte sie aus, 1848 habe im Land der bürgerlichen Aufklärung »der Wille der ›Nation« zuerst die Republik ein[gesezt] und die provisorische Regierung, danach die Nationalversammlung und schließlich Louis Bonaparte, der sowohl die Republik als auch die provisorische Regierung und Nationalversammlung beseitigen ließ«. In Russland wiederum seien im Namen der »Nation« Bauernaufstände begonnen oder antisemitische Pogrome verübt worden. Welche politische Partei, fragte Luxemburg rhetorisch, würde »nicht von sich behaupten, sie sei unter all den anderen die eigentliche, die wirkliche Vertreterin des Willens der ›Nation«« (Luxemburg 2012, 74). Ihre eigene Partei, die Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy (SDKPiL), habe deswegen »niemals den Anspruch erhoben, im Namen der ›Nation« zu sprechen« (ebd., 79).

Außerdem seien es für gewöhnlich »Klassenbewegungen der herrschenden Schicht der Bourgeoisie«, die sich als »nationale« Bewegungen präsentieren oder ihre Kämpfe als »Kämpfe für ›nationale« Interessen« ausgeben (ebd., 70). Aktuell lässt sich das Gleiche beim Begriff »Volk« feststellen, der in der

DDR um 1989 vielleicht noch als Bezeichnung für die Mehrheit der Bevölkerung gelten konnte, den sich aber sehr schnell vor allem rechte Strömungen zu eigen machen konnten, deren Auffassung vom ›Volk‹ antipluralistisch, wenn nicht sogar explizit völkisch ist (Ogman 2013, 40). Die Parole »Wir sind das Volk« kann zwar bedeuten: Wir sind die Bevölkerung, wir haben ganz verschiedene Meinungen und Positionen, die in einer Demokratie erhört werden müssen. Aber bei den »Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) oder der Alternative für Deutschland (AfD) heißt »Wir sind das Volk« nichts anderes als dass die, die das rufen, sich als die eigentlichen Vertreter_innen der Meinung des »deutschen Volkes« wännen, das angeblich nur einen einzigen Willen und eine einzige Meinung hat, während die gewählte Regierung unter Angela Merkel und die »Lügenpresse« angeblich von fremden Mächten beherrscht würden.

Für Luxemburgs klare Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen gab es noch einen praktischen Grund. Als sie 1908 die Artikelserie *Nationalitätenfrage und Autonomie* verfasste, ging sie, wie es seit Karl Marx offizielle Position der sozialistischen Linken war, davon aus, dass nur eine Weltrevolution die Verhältnisse umwerfen und die kapitalistische Vergesellschaftung überwinden könne. Deswegen sei »die großstaatliche Entwicklung« nützlicher als eine Aufteilung der Welt in eine Vielzahl kleiner autonomer Staaten. Als hätte sie die spätere Entwicklung Russlands und des »Sozialismus in einem Lande« unter Stalin vorhergesehen, schrieb sie 1908, kein »an jedes gesonderte Fleckchen Erde angepaßter ›Sozialismus‹, nicht die Diktatur im letzten Winkel« sei die »historische Mission des Proletariats, sondern die Weltrevolution« (Luxemburg 2012, 111). Und so ähnele »die Idee, allen ›Nationen‹ die Möglichkeit der Selbstbestimmung zu geben, mindestens der Perspektive einer Umkehr von der großkapitalistischen Entwicklung hin zu den mittelalterlichen Kleinstaaten und das weit hinter das 15. und 16. Jahrhundert zurück« (ebd., 65).

Es sei ohnehin ein grundsätzliches Missverständnis, wenn man annehme, dass das Proletariat Nationalstaaten aufzubauen habe. Die »Schaffung des modernen ›National‹-Staates« war, so Luxemburg, die historische Berufung der Bourgeoisie. Die »geschichtliche Aufgabe des Proletariats« sei nun hingegen die »Abschaffung dieses Staates als politische Form des Kapitalismus« (Luxemburg 2012, 93). Vergleicht man den Ton ihrer

Artikelserie von 1908/09 mit dem ihrer Kritiken zehn Jahre später, erscheint *Nationalitätenfrage und Autonomie* weniger harsch. Das mag daran liegen, dass Luxemburg vor dem Ersten Weltkrieg noch glauben konnte, eine Mehrheitsposition zu vertreten. Immerhin hatte kein Geringerer als Lenin, wenngleich anonym publiziert, 1903 in einem Zeitschriftenbeitrag ebenfalls betont, es sei »nicht Sache des Proletariats, Föderalismus und nationale Autonomie zu propagieren, es ist nicht Sache des Proletariats, Forderungen aufzustellen, die unweigerlich auf die Forderung hinauslaufen, einen autonomen Klassenstaat zu bilden« (zitiert nach Politt 2012, 22). In *Staat und Revolution* kündigte Lenin 1917 überdies an, dass nach einer Revolution der Staat nur für eine Übergangszeit bestehen und im Kommunismus »absterben« würde. Beim »Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus« diene eine »Maschine zur Unterdrückung« dazu, die früheren Unterdrücker davon abzuhalten, ihre alte Macht zurückzuerlangen. Aber das sei »bereits ein Übergangsstaat, kein Staat im eigentlichen Sinn mehr« (Lenin, 95). Wie man weiß, hat sich dieses Versprechen im realexistierenden Sozialismus nicht erfüllt.

Ein weiterer Punkt in Luxemburgs Kritik ist deswegen bemerkenswert, weil er eine Kritik der späteren antiimperialistischen Ausrichtung der Komintern vorwegnahm. Luxemburg analysierte 1908 den »zweischneidigen Charakter der ›nationalen‹ Befreiung« in den Kolonien europäischer Staaten. Ihre Beispiele sind nicht nur Brasilien oder Argentinien, sondern auch Australien und die Vereinigten Staaten von Amerika, die sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von England gelöst hatten. Die USA seien, so Luxemburg, mittlerweile

»einer der wichtigsten Herde der imperialistischen Eroberung. Genauso erlangten Brasilien, Argentinien und weitere ehemalige Kolonien, in denen Auswanderer – Portugiesen und Spanier – das führende Element bilden, vor allem deshalb die Unabhängigkeit von den europäischen Staaten, um den Handel mit den Schwarzen selbständig durchführen und sie auf den Plantagen ausbeuten sowie alle schwächeren Kolonien in der Umgebung annekieren zu können« (Luxemburg 2012, 68).



Durch ihre »nationale« Unabhängigkeit werde die Unterdrückung von Menschen nicht aufgehoben, sondern die »unabhängig« gewordenen Staaten haben nur die Rolle gewechselt und sind nun selbst in der Position, andere zu unterdrücken. Am System der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung ändere sich dadurch nichts. Als sich Australien aus der »Lage herkömmlicher englischer Kolonien befreit« habe und seine Unabhängigkeit beanspruchte, habe es, schreibt Luxemburg, »sofort mit der Eroberungspolitik« begonnen, »nämlich gegen die Neuen Hebriden und gegen Neuguinea, um bei dieser Gelegenheit, hierin geschickt die Vereinigten Staaten von Amerika nachahmend, die sonderbare »nationale« Doktrin zu verkünden, daß »Australien den Australiern gehören soll« (ebd., 97f.).

Schließlich war die Artikelserie *Nationalitätenfrage und Autonomie* Luxemburgs Auseinandersetzung mit der anderen polnischen sozialdemokratischen Partei, der Polska Partia Socjalistyczna (PPS), geschuldet. Die PPS hatte bis ins frühe 20. Jahrhundert die »Wiederherstellung Polens« gefordert und als Bedingung für eine sozialistische Revolution genannt (ebd., 102). Auch nachdem sie diese Forderung aufgegeben hatte, bestanden in der PPS patriotische Positionen weiter. Als polnische Nationalliberale fünf Jahre nach der gescheiterten Revolution von 1905/06 eine antisemitische Kampagne gegen die SDKPiL, die Partei Luxemburgs, führten und sich Mitglieder der PPS daran beteiligten, war Luxemburg entsetzt. »Die letzten Monate«, schrieb sie in einem von mehreren Artikeln zu dieser Hetzkampagne, hätten eine Tatsache hervorgebracht, die »noch nie dagewesen, solange die Welt besteht: An der antisemitischen Hetze hat sich eine Gruppe beteiligt, die sich sozialistisch schimpft, und zwar die »Revolutionäre« Fraktion der PPS« (Luxemburg 2014, 89). Zur Erklärung dieses neuen Phänomens führte sie an, dass Judenfeindschaft immer eine Folge des Nationalismus sei. Es sei eine »Illusion« zu glauben, man könne »ein Sozialnationalist« sein, »ohne Antisemit zu sein«, schrieb Luxemburg an die Adresse jüngerer Mitglieder der PPS, die sich nicht selbst an der Kampagne beteiligt hatten. Die »Pestflut des Antisemitismus« ginge »überall auf der Welt mit dem Nationalismus« einher (ebd., 93).

In *Nationalitätenfrage und Autonomie* zeigt Luxemburg nur in einem Punkt Verständnis für »nationale« Forderungen, und

zwar im Hinblick auf die kulturelle Autonomie jeder und jedes Einzelnen. Für den »Bewußtwerdungsprozeß und den Klassenkampf des Proletariats« seien die Möglichkeiten zur individuellen Bildung wie Presse, Publikationsmöglichkeiten, alle Art von veröffentlichten Schriften unbedingt nötig (Luxemburg 2012, 162f.). Die Voraussetzung dafür sei, dass sich jede und jeder in ihrer und seiner Sprache über wissenschaftliche Erkenntnisse oder politische Debatten informieren und sich an ihnen beteiligen könne. Das ließe sich, so Luxemburgs optimistische Prognose, über die lokale »Selbstverwaltung« regeln, die »jeder Nationalität« die Möglichkeit bieten könne, »eigene Bildungseinrichtungen und kulturelle Einrichtungen« in den Gemeinden zu schaffen, in denen die jeweilige nationale Gruppe »zahlenmäßig überlegen« sei (ebd., 179). Die Wichtigkeit, politische Willensbildung zu ermöglichen, betonte sie in ihrer Kritik der russischen Revolution noch stärker und grenzte sie, wie bereits zitiert, vom vermeintlichen Selbstbestimmungsrecht der Nationen ab.

»China den Chinesen«, »Australien den Australiern«?

In *Nationalitätenfrage und Autonomie* unterschied Rosa Luxemburg klar zwischen »nationalen« Interessen und ~~hat~~ einer proletarischen Politik unterschieden und der Idee widersprochen, eine sozialistische oder kommunistische Linke hätte für die »nationale« Befreiung zu kämpfen. Die Parole »Australien den Australiern« diente in ihrer Argumentation als Erkennungszeichen einer vermeintlichen Befreiungspolitik, die nur dazu führen würde, bei der Unterdrückung von Menschen die Seiten zu wechseln. In den Jahren der Weimarer Republik erschienen in der Tageszeitung der KPD, *Die Rote Fahne*, zahlreiche Beiträge über die Situation in China, und der Aufruf »China den Chinesen« diente als kurze Formel dessen, wofür die Komintern aktuell kämpfe. Im Juni 1925 kündigte die Zeitschrift unter der Überschrift »China den Chinesen!« eine Veranstaltung mit Ruth Fischer, bis in dieses Jahr mit Arkadij Maslow Vorsitzende der Partei, dem im Herbst desselben Jahres folgenden Parteivorsitzenden Ernst Thälmann und einem chinesischen Genossen an (N.N. 1925a). In einem Gastbeitrag schrieb ein chinesischer Kommunist: »Schanghai gehört also nicht den Chinesen, sondern den Imperialisten« (N.N. 1925b). Eine solche Aussage implizierte im Umkehrschluss, dass die Unterdrückung der chinesischen Bevölkerung Schanghai beendet wäre, wenn

die Stadt »den Chinesen« zurückgegeben würde. Dass diese Gleichung nicht aufging, zeigte sich 1927 auf grausame Weise.

Gemäß ihren Grundsätzen unterstützte die Komintern im Kampf gegen Großbritannien sowohl die Kommunistische Partei Chinas (KP China) als auch die bürgerliche Nationalbewegung Kuomintang, die von Tschang Kai-shek angeführt wurde. Im Frühjahr 1927 kam es zwischen beiden Strömungen zum Konflikt, Tschang erklärte Sowjetrußland und die kommunistischen Parteien zu Feinden. Als Schanghai, wie zuvor erhofft, im April 1927 von der Kuomintang eingenommen wurde, richteten Tschangs Truppen unter den Mitgliedern der Gewerkschaften und der KP China ein Massaker an. »In einer Nacht wurde so die Arbeiterklasse von ihrem offiziellen Verbündeten besiegt und erdrosselt«, kommentierte Victor Serge, der in Leningrad die Presse durchsah und für die französische Zeitschrift *Clarté* arbeitete, entsetzt (Serge 1975, 22). Kurz darauf verließ Arthur Rosenberg auch deswegen die KPD. In einer im sozialdemokratischen *Vorwärts* veröffentlichten Erklärung nannte er »die kommunistische Niederlage in China und die Unterordnung der verschiedenen kommunistischen Parteien unter die Moskauer Politik« als Gründe für seinen Parteiaustritt (Rosenberg 1927). Fünf Jahre später resümierte Rosenberg, als parteiloser Kommunist eher Historiker als Aktivist, in seiner *Geschichte des Bolschewismus, 1927* habe »die China-Politik Stalins ein klägliches Ende« gefunden.

»Alles, was man an Autorität und Erfolgen in Asien errungen hatte, war verloren. Die Sympathie der chinesischen Nationalpartei für Sowjetrußland hatte sich in erbitterte Feindschaft verwandelt. [...] Am Ende waren die Massen geschlagen, und die bürgerliche Tendenz in der Kuomintang triumphierte« (Rosenberg 1966, 240).

1929 musste sogar die *Rote Fahne* berichten: »Tschangkai-shek mordet Sowjetbürger« (N.N. 1920b).

Im britischen Mandatsgebiet Palästina war die Unterstützung des »nationalen« Befreiungskampfes noch befremdlicher. Denn im Nahen Osten förderte die Komintern ausschließlich den arabischen Nationalismus, obwohl dort keine arabische kommunistische Partei existierte, sondern nur eine jüdisch-arabische. Die Kommunistische Partei Palästinas (KP Palästinas) war 1923 von Jüdinnen und Juden gegründet worden,

hatte allerdings mit der seit 1919 bestehenden Mifleget Poalim Sozialistim und der von dieser 1922 abgespaltenen Jüdischen Kommunistischen Partei gemeinsame Vorläuferinnen. Zu dieser Zeit gab es »außer ihr keine nennenswerten sozialistischen Organisationen im arabischen Osten«, wie Alexander Flores in seiner Studie über den Sozialismus im Nahen Osten schreibt (Flores 1980, XII, 238–281). Die KP Palästinas vertrat eine dezidiert antizionistische Position; ihre jüdischen Mitglieder strebten keinen jüdischen Staat an. Sie war, wie der Historiker Mario Keßler schreibt, die »einzige politische Kraft« innerhalb der jüdischen Community, dem Jischuw, die »nicht nur den Zionismus ablehnte, sondern dies mit einem Kampf gegen arabischen Chauvinismus und britische Mandatspolitik verband« (Keßler 1994, 96). Es hätte also gute Gründe für die Komintern gegeben, die KP Palästinas vorbehaltlos zu unterstützen. Zugleich bemühte sich die Partei, arabische Mitglieder zu gewinnen, was ihr im Lauf der 1920er-Jahre auch gelungen ist. Musa Budeiri hebt deswegen in seiner Studie zur Geschichte dieser Partei hervor, dass bereits die Existenz einer kommunistischen Bewegung in Palästina, »uniting within its ranks Arab and Jewish members pointed to a possible future, at variance with both nationalism and capitalism« (Budeiri 2010, XIII). Die KP Palästinas war somit die einzige Partei, in der die nationale Identität ihrer Mitglieder keine Rolle mehr spielen sollte, in der sich arabische und jüdische Mitglieder zu einer politischen Kraft vereinten und, wie Budeiri schreibt, eine mögliche friedliche Zukunft verkörperten.

Die Komintern bestand allerdings trotzdem auf der Forderung der weiteren »Arabisierung« der Partei. Was sie sich von der Förderung des arabischen Nationalismus versprach, beschrieb Joseph Berger, in den 1920er-Jahren Vorsitzender der KP Palästinas und später in der Liga gegen Imperialismus tätig, in seinen Lebenserinnerungen: »The nationalism of colonial populations ought [...] to be encouraged and used as a weapon against imperialism. They could be weaned from it later, with the growth of the proletariat and of political life« (Berger 1971, 100). Man könne also den Nationalismus der unterdrückten Bevölkerung im Kampf gegen den Imperialismus nutzen und sich dieses Mittels später wieder entledigen, wenn der Nationalismus seinen Dienst getan hatte. Dass die Mitglieder der KP Palästinas diese Politik unterstützten und dabei mitwirkten, war vor dem Hintergrund besonders erstaunlich, dass sie selbst wiederholt von einem nationalistischen arabischen Mob

angegriffen worden waren. Ein Parteimitglied beschrieb in der *Internationalen Pressekorrespondenz (Inprekorr)*, dem Organ der Komintern, die Gefahren, die entstünden, wenn man den arabischen Nationalismus befeuert:

»Am 1. Mai 1921 veranstalteten die Kommunisten eine Demonstration, die von den Mitgliedern der gelben Gewerkschaften angegriffen wurde. Die eingeborene Bevölkerung, deren Pogromstimmung von den englischen und französischen Provokateuren und von ihren eigenen Nationalisten schon lange geschürt wurde und die den Sinn der Demonstration nicht begriff, stürzte sich auf die Demonstranten und ging dann zu einem allgemeinen Pogrom gegen die Juden über« (Awigdur 1997, 4).

In den 1920er-Jahren hat sich im britischen Mandatsgebiet Palästina innerhalb der christlichen und muslimischen Bevölkerung eine spezifische Judenfeindschaft entwickelt, die sich gegen die ›Juden‹ als Fremde, als Verkörperung der Moderne und der westlichen Welt richtete. Der Kampf gegen die »zionistischen Kolonisatoren« wurde, wie Michael Kiefer in seiner Studie über Antisemitismus im Nahen Osten schreibt, »zunehmend von antisemitischen Feindbildern überformt [...], welche die Juden insgesamt als zersetzende, mordende und zur Verschwörung neigende Gruppe dämonisierten« (Kiefer 2002, 67, 70–71). Motive des modernen europäischen Antisemitismus fanden verstärkt Eingang in die arabische Nationalbewegung, zum Beispiel über den Jerusalemer »Großmufti« Am n al-Husain, der in den 1940er-Jahren in Berlin lebte, sich mehrmals mit Adolf Hitler traf und eine muslimische SS-Division aufbaute.

Pogrom oder Auftakt einer antiimperialistischen Aufstandsbewegung?

Zu den schwersten jüdenfeindlichen Ausschreitungen der 1920er-Jahre kam es im Spätsommer 1929. Im Lauf von über einer Woche wurden 133 Jüdinnen und Juden ermordet. Im gleichen Zeitraum wurden 116 Araberinnen und Araber getötet, in den meisten Fällen aber von Angehörigen des Militärs oder der Polizei, um sie von Gewalttaten abzuhalten (Krämer 2003, 264–273). Der Hass richtete sich nicht nur gegen jüngere zionistische Siedlungen. In Hebron und Safed waren vor allem orthodoxe Jüdinnen und Juden, deren Gemeinschaften lange

vor der zionistischen Einwanderung bestanden hatten, Ziel der Angriffe, die unter Parolen wie »Schlachtet die Juden!« geführt wurden. In der *Inprekorr* berichtete Joseph Berger eindrücklich von den »fanatischen Massen mohammedanischer Bauern«, die »sengend und mordend vor allem die unbewehrten armen jüdischen Siedlungen«, Synagogen und Schulen, angegriffen hatten, »wo furchtbare Blutbäder angerichtet wurden. In der Talmudschule von Hebron wurden 60 jüdische Schüler – auch Kinder – getötet und verstümmelt. In der Kolonie Moza wurde eine jüdische Familie samt Frau und Kind abgeschlachtet« (J.B. 1929, 30). Für die jüdischen Mitglieder der KP Palästinas waren die Ereignisse nicht nur politisch ein Schock, sondern auch eine persönliche Gefahr. Sie sahen sich selbst Angriffen ausgesetzt und mussten sich verteidigen (Grigat 2009, 103). Die Komintern kam noch im selben Jahr zu einer völlig anderen Bewertung der Ereignisse. Sie forderte, die Gewalt als den Beginn einer arabischen Aufstandsbewegung zu sehen. Diese Sichtweise prägte dementsprechend die Berichterstattung der *Roten Fahne*. Am 28. August 1929 erschien die Tageszeitung der KPD mit dem Beitrag »Der Araberaufstand wächst!« auf der Titelseite. Gleich zu Beginn erwähnte der Beitrag zwar die Angriffe auf »die jüdische Bevölkerung«, aber es wurde nicht einmal erwogen, ob die Gewalt Ausdruck von Judenfeindschaft sein könnte. Der Artikel fasste die grundsätzliche Position der KPD folgendermaßen zusammen:

»Die Entwicklung der arabischen Aufstandsbewegung, die noch zum großen Teil unter dem Einfluß der Effendis (Großgrundbesitzer) steht, hat, wie die letzten Meldungen zeigen, an Umfang zugenommen und richtet sich, wie die Ueberfälle auf *Regierungsgebäude* und *Polizeistationen* sowie *englische Truppen* beweisen, folgerichtig gegen die Hintermänner des Zionismus in Palästina, die englischen Imperialisten. Sie birgt in sich die Möglichkeit der Entfaltung der gesamtarabischen Aufstandsbewegung gegen die englischen imperialistischen Unterdrücker. Die Schläge, die die arabischen Eingeborenen gegen die *zionistische Bourgeoisie* und den *zionistischen Faschismus* in Palästina führen, sind gleichzeitig Schläge gegen *England*.« (N.N. 1929a)

Die Gegenüberstellung von einem »zionistischen Faschismus« auf der einen Seite und den »arabischen Eingeborenen« auf der anderen ließ nicht nur kaum Platz für eine jüdische kommunistische Bewegung.¹ Es sollte bei der Bewertung der Ereignis-

¹ Die Rede von den »arabischen Eingeborenen« verweist auf einen latenten Rassismus innerhalb der Komintern, weil diese Ausdrucksweise einen Wesensunterschied zwischen Menschen in Deutschland, Europa oder Russland einerseits und in anderen Teilen der Welt andererseits markierte. Der Ausdruck war zwar positiv gemeint und sollte anzeigen, dass das Land Palästina den Araberinnen und Arabern eigentlich gehören würde. Aber von deutschen, englischen oder französischen »Eingeborenen« schrieb die Rote Fahne nie.

nisse zudem keine Rolle spielen, dass die Gewalt durch »Großgrundbesitzer« befördert werde. Dabei hatte vor dieser Gefahr 1920 bereits Lenin gewarnt. In seinen »Thesen zur nationalen und kolonialen Frage« hatte er betont, dass im Falle einer Unterstützung von zukünftigen nationalen Befreiungsbewegungen durch die Komintern es notwendig sei, zugleich »den Panislamismus und ähnliche Strömungen zu bekämpfen, die die Befreiungsbewegung gegen den europäischen und amerikanischen Imperialismus mit einer Stärkung der Positionen der Khane, der Gutsbesitzer, der Mullahs usw. verknüpfen wollen« (Lenin 1966, 138). Rosa Luxemburg hatte zudem noch grundsätzlich daran erinnert, dass es in der Geschichte grundsätzlich eher die Bewegungen der »herrschenden Schicht der Bourgeoisie« gewesen seien, die beanspruchten, »nationalen Bewegungen« zu sein und für die »nationalen Interessen« zu kämpfen (Luxemburg 2012, 70).

Doch die Komintern stellte ihre Sichtweise nicht in Frage, und entsprechend blieb auch die KPD bei ihrer Position. Auf einer Zentralkomiteesitzung im Oktober 1929 hielt Hermann Remmele, der in den letzten Jahren der Weimarer Republik neben Heinz Neumann und Ernst Thälmann an der Parteispitze stand, ein kurzes Referat über die Situation in Palästina. An seiner Darstellung war, wie Mario Keßler schreibt, »nahezu jedes Wort falsch« (Keßler 1994, 60). Allerdings handelte es sich nicht um einen persönlichen Irrtum. Remmeles Schilderung entsprach genau der Position der Partei. Er beantwortete auch die Frage, die die Berichterstattung in der *Roten Fahne* offengelassen hatte, nämlich wie die KPD zu ihrer Schwesterpartei in Palästina stehe. Die KP Palästinas, so Remmele, habe insgesamt 160 Mitglieder, davon seien »30 Araber« und »130 Zionisten«. Mit »Zionisten« meinte er die jüdischen Mitglieder, die eben gerade keine Zionist_innen waren, sondern Antizionist_innen.² Da sie laut Remmele als »Zionisten« faktisch auf der Seite des britischen Imperialismus stünden, käme als das »revolutionäre Element« in Palästina nur die arabische Bevölkerung infrage: Es sei »ganz klar«, dass die KP Palästinas »nicht eine solche Einstellung haben kann, wie sie dem Gesetz der Revolution entspricht. Gerade das unterdrückte Volk, jene Schicht des Volkes, die das revolutionäre Element, den Verhältnissen entsprechend, überhaupt ausmachen kann, sind nur die Araber« (zitiert nach Keßler 1994, 60).

² Dass die Komintern keine Strömung des Zionismus als unterstützenswerte Bewegung einschätzte, lässt sich nicht nur aus vereinzelt Aussagen Lenins oder der Position Stalins ableiten. Es verweist auf die marxistische Position zur »jüdischen Frage« insgesamt und lässt sich nicht von den Vorstellungen, was »Juden« im 20. Jahrhundert ausmacht, trennen. Dazu gehört auch, dass die Rote Fahne die Kibbuzbewegung ignorierte (siehe dazu Kistenmacher 2016, 247–282).

Wie in der zitierten Berichterstattung der *Roten Fahne* war in Remmeles Ausführungen eine mögliche Analyse von Klassenkonflikten innerhalb der christlichen, jüdischen und muslimischen Gemeinschaften in Palästina überdeckt von einer eindeutigen Parteinahme für das eine »unterdrückte Volk«. Anstatt Klassenkämpfe zwischen arabischem und jüdischem Proletariat auf der einen Seite und arabischer und jüdischer Bourgeoisie auf der anderen zu beschreiben, bestand in Remmeles der Hauptkonflikt zwischen »Zionisten« und britischen Imperialisten einerseits und »Arabern« andererseits. An dieser Darstellungsweise gab es von einstmals führenden KPD-Mitgliedern wie Heinrich Brandler und August Thalheimer Kritik. In der Zeitschrift der KPD-Opposition, *Gegen den Strom*, war am 7. September 1929 zu lesen:

»Ohne den Versuch einer marxistischen Untersuchung des Klassencharakters auch dieses Kleinkrieges spricht die ›Rote Fahne‹ unterschiedslos von den Juden, die sie natürlich alle als zionistische Faschisten bezeichnet und die sie den Arabern, die natürlich alle ›Revolutionäre‹ sind, entgegenstellt« (N.N. 1929c).

Im Gefängnis hatte Rosa Luxemburg 1918 nicht nur angefangen, eine kritische Reflexion über die russische Revolution zu entwerfen, die 1921 unter dem Titel *Zur russischen Revolution* veröffentlicht wurde. Zur selben Zeit hatte sie einen ebenfalls Fragment gebliebenen Text »über Krieg, nationale Frage und Revolution« verfasst. In diesem Text schrieb sie noch polemischer als in ihrer Kritik der russischen Revolution:

»Der Gedanke des Klassenkampfes kapituliert hier formell vor dem nationalen Gedanken. Die Harmonie der Klassen in jeder Nation erscheint als Voraussetzung und Ergänzung der Harmonie der Nationen, die im ›Völkerbund‹ aus dem Weltkriege steigen soll. Der Nationalismus ist augenblicklich Trumpf. Von allen Seiten melden sich Nationen und Nationchen mit ihren Rechten auf Staatenbildung an« (Luxemburg, zitiert nach Laschitzka 2002, 577–578).

Luxemburgs erste Aussage lässt sich auf Remmeles Ausführungen zur Situation in Palästina 1929 übertragen: Jeglicher Gedanke von Klassenkämpfen wird überdeckt von dem »nationalen Gedanken«. Nicht mehr die Klassenunterschiede und -konflikte innerhalb von nationalen oder ethnischen Gruppie-

rungen oder Communities, also nicht mehr der Klassenkampf zwischen arabischen Bäuerinnen und Bauern auf der einen Seite und arabischen Großgrundbesitzern auf der anderen, waren für Remmele von Interesse. Stattdessen nahm in seinen Ausführungen eine ethnische Gruppe, »die Araber«, die Rolle des revolutionären Subjekts ein, während eine andere nationale Gruppe, die man ebenfalls als von der britischen Mandatsmacht unterdrückt bezeichnen konnte, diese Rolle nicht einnehmen würde.

Zur Analyse des Imperialismus bei Rosa Luxemburg

Dass Rosa Luxemburg im Kampf gegen den Imperialismus nicht auf nationale Bewegungen setzte, hat auch mit ihrem Verständnis imperialistischer Politik zu tun, das sich grundlegend von dem Lenins – und der Komintern und Stalins – unterscheidet. Das kann hier abschließend nur skizziert werden. Lenin definierte in *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* den Imperialismus als »Herrschaft des Finanzkapitals« (Lenin 1971, 49) und konzentrierte sich in seiner Beschreibung auf die Wirtschaftsunternehmen und Staaten, in denen sich die Macht kumulierte, und deren »Aufteilung der Welt«. Ein Kapitel war »Die Aufteilung der Welt unter die Kapitalistenverbände«, ein anderes »Die Aufteilung der Welt unter die Großmächte« betitelt (ebd., 72–94). In den Jahren der Weimarer Republik machte die KPD aus Lenins Konzepten eine Beschreibung der globalen Ökonomie, die so griffig und einfach ist, dass sich Ähnliches auch in Bewegungen des 21. Jahrhunderts wie Occupy wiederfinden lässt, die sich nicht auf Lenin beruft, aber die dem vermeintlich einen Prozent der Besitzenden und Mächtigen die 99 Prozent der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegenüberstellt. In der Broschüre *Das politische Grundwissen des jungen Kommunisten* hieß es 1924, »das Finanzkapital« sei eine »ganz gewaltige ökonomische und politische Herrschaft einiger weniger. In wenigen Händen befindet sich die Macht über ganze Völker und Nationen« (Kommunistische Jugendinternationale 1970, 92, Hervorhebungen im Original). 1926 verortete die *Rote Fahne* das Machtzentrum des Finanzkapitals in den USA. Die Monopolisierung der



deutschen Industrie stünde, hieß es in dem Beitrag »Das neue Finanzkapital«, »unter dem Kommando des amerikanischen Finanzkapitals« (N.N. 1926b). Ganz ähnlich hatte bereits im Januar desselben Jahres ein anderer Beitrag beschrieben, wie sich das »neue Finanzkapital« gebildet habe:

»[...] dieses neue Finanzkapital, das an dem deutschen Industriekapital emporwächst, gehört ökonomisch und politisch zum amerikanischen Imperialismus. Die deutschen Banken, die sich dazu hergeben, mit einem Fünftel sich am Ueberfremdungstrust zu beteiligen, sind nichts weiter als die deutschen Agenten der amerikanischen Finanzkapitalisten« (N.N. 1926a).

Rosa Luxemburg hingegen machte die imperialistische Politik 1912 nicht im Gegensatz zwischen Völkern und Nationen aus, sondern beschrieb sie als dynamische Prozesse, an denen alle Nationen, mehr oder weniger erfolgreich, beteiligt seien. »Der Imperialismus«, erklärte sie gegen Ende ihrer Untersuchung *Die Akkumulation des Kapitals*, sei »der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus«. Diese nichtkapitalistischen Gebiete bildeten vor dem Ersten Weltkrieg »noch die weitesten Teile der Erde« (Luxemburg 1969, 423). Der Kapitalismus war nach Luxemburgs Darstellung »die erste Wirtschaftsform mit propagandistischer Kraft, eine Form, die die Tendenz hat, sich auf dem Erdrund auszubreiten und alle anderen Wirtschaftsformen zu verdrängen, die keine andere neben sich duldet« (ebd., 445–446).

Deswegen betonte Luxemburg, sei es die Aufgabe einer materialistischen Analyse, bei all den erschreckenden Eroberungszügen und Kriegen »unter diesem Wust der politischen Gewaltakte und Kraftproben die strengen Gesetze des ökonomischen Prozesses aufzufinden« (ebd., 430–431). Denn die imperialistische Politik sei eine notwendige Folge der Kapitalakkumulation, die sich in zwei Bereichen gleichzeitig vollziehe: Der eine Bereich sei in der »Produktionsstätte des Mehrwerts« – der Fabrik, dem Bergwerk, in der Landwirtschaft – angesiedelt, der andere »zwischen dem Kapital und nichtkapitalistischen Produktionsformen«. Dessen »Schauplatz ist die Weltbühne. Hier herrschen als Methoden Kolonialpolitik, internationales Anleihsystem, Politik der Interessensphären, Kriege« (ebd.,

430). Imperialistische Politik beginne demnach nicht erst mit dem Einsatz militärischer Mittel, sondern bereits mit der Expansion kapitalistischer Produktionsformen und Distributionsweisen, beispielsweise mit dem Bau von Eisenbahntrassen. Daraus folgt aber auch, dass keine kapitalistische Gesellschaft und kein kapitalistischer Staat sich von der imperialistischen Politik freimachen könnten. Ein antiimperialistischer Nationalstaat – so wie Teile der antiimperialistischen Linke zum Beispiel den Irak unter Saddam Hussein ansehen – wäre nach Luxemburg ein Ding der Unmöglichkeit.

In *Die Krise der Sozialdemokratie*, einer Schrift, die unter Mitgliedern der KPD zur Zeit der Weimarer Republik deutlich bekannter war als *Die Akkumulation des Kapitals*, betonte sie den strukturellen und damit internationalen Charakter des Imperialismus noch einmal in klaren, einfachen Worten:

»Die imperialistische Politik ist nicht das Werk irgendeines oder einiger Staaten, sie ist das Produkt eines bestimmten Reifegrads in der Weltentwicklung des Kapitals, eine von Haus aus internationale Erscheinung, ein unteilbares Ganzes, das nur in allen seinen Wechselbeziehungen erkennbar ist und *dem sich kein einzelner Staat zu entziehen vermag.*« (Luxemburg 1971, 121, Hervorhebungen im Original)

So wichtig es ist, Rosa Luxemburgs Ermordung durch faschistische Freikorps zu gedenken, so wichtig wäre es auch, an Luxemburg als Marxistin, Theoretikerin, Revolutionärin zu erinnern und ihre Positionen und ihre Kritik ernst zu nehmen. Die antiimperialistischen Gruppen, die sich jedes Jahr im Januar am Liebknecht-Luxemburg-Gedenken beteiligen, müssten zum Beispiel endlich die zuletzt zitierte Aussage Luxemburgs beherzigen.

Literatur

Awigdur (1997 [1923]): Die Arbeiterbewegung in Palästina. In: Inprekorr 29. Abgedruckt in: Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922–1948). Offenbach, 4.

Berger, Joseph (1971): Shipwreck of a Generation. The Memoirs of Joseph Berger. London.

Budeiri, Musa (2010 [1979]): The Palestine Communist Party 1919–1948. Arab and Jew in the Struggle for Internationalism. Chicago.

Flechtheim, Ossip K (1976 [1948]): Die KPD in der Weimarer Republik. 2. unveränderte Aufl., Frankfurt am Main.

Flores, Alexander (1980): Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten. Kommunistische Partei und arabische Nationalbewegung in Palästina 1919–1948. Münster.

Frölich, Paul (1967 [1939]): Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat. Frankfurt am Main.

Gerber, Jan (2010): Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des »realen Sozialismus«. Freiburg im Breisgau.

Grigat, Stephan (2009): Mit dem Mufti gegen den Zionismus – mit Gromyko für Israel. Aus der Frühgeschichte der israelischen und palästinensischen Kommunistischen Partei. In: Transversal 2, 97–127.

Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus. Aus dem Amerikanischen von Britta Dutke. Hamburg.

Haury, Thomas (2002): Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburg.

Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (1966): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 4: Von 1924 bis Januar 1933, Berlin.

J. B. (1929): Das Blutbad im »Heiligen Lande«. In: Inprekorr 86. Abgedruckt in: Dokumente zum Studium der Palästina-Frage. Offenbach, 30.

Keßler, Mario (1994) Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert. 2. Aufl., Mainz.

Kiefer, Michael (2002): Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer des Feindbildes. Düsseldorf.

Kistenmacher, Olaf (2016): Arbeit und »jüdisches Kapital«. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung Die Rote Fahne während der Weimarer Republik. Bremen.

Kommunistische Jugendinternationale (1970): Das politische Grundwissen des jungen Kommunisten nach der Ausgabe der Jugendinternationale von 1927. Frankfurt am Main.

Kongreß der Radikalen Linken (1990): Reden und Diskussionsbeiträge zum Kongreß an Pfingsten 1990 und auf der Demo »Nie wieder Deutschland« am 12.5.1990 in Frankfurt am Main. Frankfurt am Main.

Krämer, Gudrun (2003): Geschichte Palästinas. Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israels. München.

Lenin, Wladimir I. (1971 [1916]): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Frankfurt am Main.

Lenin [1917] (o.J.): Staat und Revolution. Frankfurt am Main.

Ders. (1966 [1920]): Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage (Für den Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale) In: Ders.: Werke. Band 31: April–Dezember 1920. Berlin, 132–139.

Luxemburg, Rosa (1969 [1912]): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. 3. Aufl., Frankfurt am Main.

Dies. (1971 [1916]): Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre) [1916], in: Dies.: Ausgewählte politische Schriften in drei Bänden, Band. 3. Frankfurt am Main, 39–151.

Dies. [1918]: Fragment über Krieg, nationale Frage und Revolution. Zitiert nach: Laschitzka, Annelies (2012): Im Lebensrausch, trotz allem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, 2. Aufl., Berlin, 577–578.

Dies. (2006): Zur russischen Revolution: In: Jörn Schütrumpf (Hg.): Rosa Luxemburg oder: Der Preis der Freiheit. Berlin, 65–100.

Dies. (2012): Nationalitätenfrage und Autonomie. Aus dem Polnischen von Holger Politt, Berlin.

Dies. (2014): Antisemitismus Arm in Arm mit dem Banditentum, In: Dies.: Nach dem Pogrom. Texte über Antisemitismus 1910/11. Aus dem Polnischen von Holger Politt. Potsdam, 87–97.

N.N. (1925): China den Chinesen!: In: Die Rote Fahne 138, 20. Juni 1925; 139, 21. Juni 1925.

N.N. (1925) Schanghai. In: Die Rote Fahne 163, 18. Juli 1925.

N.N. (1926): Ein amerikanisch-deutsches Ueberfremdungs-Konsortium. In: Die Rote Fahne 6, 8. Januar 1926.

N.N (1926): Das neue Finanzkapital. In: Die Rote Fahne 23, 18. März 1926.

N.N. (1929): Der Araberaufstand wächst!. In: Die Rote Fahne 164, 28. August 1929.

N.N. (1929): Tschangkaischek mordet Sowjetbürger. In: Die Rote Fahne 167, 31. August 1929.

N.N. (1929): Zu den Ereignissen in Palästina. In: Gegen den Strom 36, 7. September 1929.

Ogman, Robert (2013): Against the Nation. Anti-National Politics in Germany. Porsgrunn.

Politt, Holger (2012): Rosa Luxemburgs »Krakauer Horizont«. In: Ders. (Hg.): Luxemburg: Nationalitätenfrage und Autonomie. Berlin, 10–40.

Rosenberg, Arthur (1927): Brief an das Zentralkomitee der KPD. Zitiert nach: Der »parteilose« Sozialist Rosenberg, In: Die Rote Fahne 100, 29. April 1927.

Ders. (1966 [1932]): Geschichte des Bolschewismus. Frankfurt am Main.

Serge, Victor (1975): Die Klassenkämpfe in der chinesischen Revolution von 1927. Aus dem Französischen von Arno Widmann. Frankfurt am Main.

Sinowjew, G. (1925): Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker der Welt, vereinigt euch! In: Die Rote Fahne 153, 8. Juli 1925.

Warski, Adolf/Zetkin, Clara (1971 [1921]): Erklärung. In: Die Rote Fahne 585, 22. Dezember 1921, abgedruckt in: Jörn Schütrumpf (Hg.): Diktatur statt Sozialismus. Die russische Revolution und die deutsche Linke 1917/18, Berlin, 32.

Wohlfahrtsausschüsse (1994) (Hg.): Etwas Besseres als die Nation. Materialien zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels. Berlin

